Angehörigen Info 27

G 10228 D
10.11.1989

Herausgegeben von den Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD

Erklärungen/Briefe von Gefangenen

Brief von Helmut Pohl

ich habe mich mit ein paar gefangenen verständigt, und wir glauben, die meisten denken so, daß es längst zeit ist, unter der geschichte nach dem hungerstreik einen schlußstrich zu ziehen. für viele draußen ist es noch eine offene situation, und dadurch hat niemand einen neuen ausgangspunkt und es kann nicht angepackt werden. aus briefen weiß ich, daß es auch in den gefängnissen zum teil noch so ist, eine ganze reihe wissen nicht, tut sich noch was oder tut sich nichts, und das produziert eine unerträgliche lähmung. kurz gesagt: es ist nichts mehr offen, es tut sich nichts, wir sind mit unserem projekt nicht weitergekommen, wir müssen uns auf eine neue phase des kampfs orientieren, aber **mit** den erfahrungen aus diesem streik.

wir haben nach dem streikende bis august gewartet und dann verlegungsanträge gestellt, um die drei gruppen in den spd-ländern zu kriegen und eine in celle. die anträge sind abgelehnt. die baw hat die sache wieder ganz in die finger gekriegt, die alte nummer, jetzt in einer etwas abgewandelten variante: da durch die prozesse jetzt die verteilung der gefangenen nach dem länderschlüssel sowieso bundesweit neu geregelt werden muß, sollen angeblich einzelne von uns verlegt werden, aber natürlich genau so, daß es keine gruppen werden. nach den bauchlandungen der baw in der letzten zeit wollen sie das dann vermutlich als „veränderung" verkaufen und sich so mit kosmetik aus der verantwortung für all die jahre vernichtungshaft davonstehlen und dabei ihr trostlos-dumpfes ziel der zerstörung des gefangenenkollektivs und des politischen bewußtseins der einzelnen weiter betreiben.

wir hatten noch eine zweite sache versucht. ab einem bestimmten zeitpunkt im streik, als schon deutlich war, daß wir große gruppen nicht kriegen, sondern höchstens mehrere kleine, haben wir parallel ein kommunikationsprojekt versucht, mit dem ziel, daß alle am streik beteiligten gefangenen wenigstens schriftlich zusammen weiterkommen und wir uns so eine gemeinsame grundlage schaffen, um am anstehenden diskussions- und bestimmungsprozeß teilnehmen zu können. wir haben dafür die mehrfach öffentlich aus der evangelischen kirche erklärte bereitschaft aufgegriffen, eine rolle für den „gesellschaftlichen dialog" zu übernehmen. einmal im streik und dann wieder anfang juli. es ging um eine praktische sache, durch die eine flüssige und kontinuierliche kommunikation möglich gemacht werden sollte, was über die richter- und knastzensur nicht geht, und in der die technische möglichkeit bereitgestellt und der arbeitsaufwand geleistet wird, daß alles, was von den einzelnen geschrieben wird, immer gleich an alle geht. ein projekt für eine begrenzte zeit, die noch nicht festgelegt war. das sekretariat der ekd hatte sich dann bereit erklärt, das zu machen, und das ganze projekt, das so ja auch eines von ihnen war, den politikern auf den tisch gelegt. erst hieß es, anfang september kriegt die kirche eine antwort und wir von ihnen, dann anfang oktober, und seither ist schweigen im walde. die antwort ist, daß es nicht beantwortet wird. auch das ist also klar.

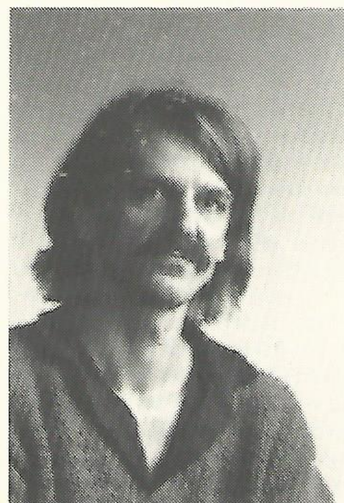
dieser versuch, eine schriftliche kommunikationsmöglichkeit zu kriegen, war keine alternative zur zusammenlegung für uns. das will ich hier mal sagen. es war der versuch, den sinn unserer hungerstreikinitiative in den bedingungen von wenigen kleinen gruppen zu erhalten. vier, zur not drei kleine gruppen und die kommunikation aller, das war sozusagen „die engste stelle" für uns. weniger geht nicht und beides hat zusammengehört. einige haben im streik gefragt, ob wir die großen gruppen aufgegeben haben. das haben wir nicht, und das werden wir nicht aufgeben. es war aber so, daß jedes ergebnis vom streik nur ein anfang sein konnte, wir sind über 40 gefangene, und wir glauben, daß wir so das schwungrad in gang gehabt hätten, und die entwicklung, auf die wir aus sind, wäre für den staat nicht mehr so einfach noch einmal umzukehren gewesen. mit den anfangsgruppen aus denen, die mit am längsten isoliert sind, die reale perspektive für alle und die kommunikation aller, aus der die notwendige politische dynamik dafür gekommen wäre.

heute hat sich nach unserem eindruck draußen alles zum thema „diskussion" hin verschoben, und die zusammenlegung rutscht in den hintergrund. für uns steht aber die zusammenlegung im zentrum. es gibt für uns nichts anderes, das haben wir gerade in dem halben jahr seit streikabbruch noch einmal hart gespürt, das war ein finsteres halbes jahr.

es gibt da bei vielen auch eine denkweise zu politik, die wir ablehnen. in drastischer zuspitzung erfahren wir in unserer situation auch nur wieder die bestätigung unserer vorstellung vom politischen kampf, wie wir sie immer hatten — wie politik für uns keine getrennte beschäftigung mit politischen themen sein kann, sondern ein zusammenhängender prozeß des „änderns der äußeren umstände" und der entwicklung des eigenen lebens mit anderen ist, eine lebensweise also, sitzen wir hier nicht in den löchern und studieren und arbeiten und sagen mal unsere meinung. genauso wollen wir auch nicht zu bloßen objekten von mobilisierungen werden, wir bestehen auf unserer qualität als subjekte. wir sind eingesperrt, ja, — das ist aber auch schon alles. das soll nicht heißen, daß einzelne von uns nicht auch immer mal was in der allgemeinen diskussion sagen. aber das ist etwas anderes, das kann nicht eine teilnahme am politischen prozeß sein, die für uns auch die möglichkeit von neuen, veränderten initiativen enthält. das ist auch eine inhaltliche begrenzung. wir lassen jetzt nicht mehr los, daran hat sich nichts geändert.

jetzt ist die zeit, die zusammenlegung und mit ihr als übergang die perspektive für unsere freiheit zu erkämpfen. das werden wir mit allen mitteln tun, also auch wieder mit hungerstreik, wenn es nicht mehr anders geht. jetzt müssen wir erst mal sehen, welche situation sich aus der konsequenz des scheiterns unseres versuchs ergibt. eines ist, es sind während des streiks neue erfahrungen gemacht worden und neue und bessere beziehungen entstanden — wir sagen denen allen: nicht mehr loslassen, wir werden durchkommen. ein zweites ist, und das soll als schlußstrich jetzt auch klar sein, das, was wir an möglichkeiten in diesem abschnitt hatten, ist vorbei — insoweit wir für andere in dieser zeit die initiative an uns gezogen hatten und das ihre eigene mitbestimmt hat, ist das alles wieder abgegeben.

das ende dieses abschnitts um den hungerstreik ist aber auch mehr, es bedeutet für uns eine veränderung aus einer viel längeren phase. ich will die entwicklung bei uns hier mal zeigen, weil es auch die frage nach dem zeitpunkt des streiks betrifft, die von verschiedenen an uns gestellt worden ist. diejenigen, die uns zu der zeit geschrieben oder uns besucht haben, wissen, daß der kurs, wie wir in den streik sind und ihn geführt haben, bis in die offensive der raf 85/86 zurückreicht.



Jens Stuhlmann
(Prozeßerklärung siehe Seite 4)

es ist hier nicht sache, die gesamte politische entwicklung seit mitte der 80er wäre eben dringend zu diskutieren und zusammen zu begreifen, aber für den zusammenhang kurz — wir sagen, andere auch, mitte der 80er war ein historischer einschnitt, der alle kämpfe und politiken hier und international betrifft.

in diesen einschnitt kam die offensive rein. alles andere jetzt weggelassen, war die politische konsequenz aus beidem für uns drinnen und draußen damals jedenfalls die orientierung auf eine umsetzung des angriffs in basisprozesse. für uns in den gefängnissen hieß das, zu versuchen, daß unsere forderung nach zusammenlegung und der kampf dafür, teil der politischen praxis in den verschiedenen politischen zusammenhängen draußen wird. das haben viele draußen auch so gesehen, es ist aber nicht so geworden. was wirklich die gründe waren, und etwas anders ja heute immer noch sind, ließe sich auch nur in einer gesamten diskussion rausfinden, es ist jedenfalls kein spezielles problem dieser forderung, dasselbe ist in den unterschiedlichen auseinandersetzungen des ganzen radikalen spektrums wiederzufinden. für uns war dann klar, es geht nicht ohne unseren kampf, und im sommer 87 haben wir uns entschieden, wieder einen hungerstreik zu machen. das dauert in unserer lage bei allem immer 1/2 bis ein jahr, bis wir im genaueren verständnis auf einer welle sind.

dann kam im november die „walser/käsmann/vollmer-dialog-initiative“ rein. das wollten wir dann doch wissen, das hatte doch zu dreist auf handlungsunfähigkeit bei uns spekuliert, und wir haben erst das gemacht. nachdem diese propagandablase geplatzt war, als die drei briefe von uns veröffentlicht waren, war zum ersten mal der zeitpunkt, an dem eigentlich alle anfangen wollten. wir haben dann den streik verschoben, weil wir bei allen überlegungen immer wieder drauf zurückgekommen sind, unbedingt noch zu versuchen, unsere forderung tiefer in den politischen zusammenhängen draußen zu verankern und wir zu der zeit auch bessere möglichkeiten dafür gesehen haben. der aufruf vom initiativkreis in hamburg war dann auch erstmal deutliche bestätigung dafür für uns. wir haben dann über 88 aus demselben grund noch zweimal verschoben, zuletzt, mit argem knirschen schon, über die „sylvestertage“ in hamburg. als dann sichtbar war, daß erstmal keine neuen initiativen kommen würden, daß alles ein viel längerer prozeß wäre, haben wir angefangen.

danach haben wir aus papieren und gesprächen erfahren, daß für viele der streik in ihre entwicklungsprozesse wie reingebrochen ist. aber auch, wenn wir diese entwicklungen vorher so hätten sehen können, was wir nicht konnten, nur in groben umrissen, hätten wir auch ganz einfach nicht mehr warten können. nicht nur, daß wir wie im konkreten fall nicht ein jahr lang überall einzeln in den löchern startbereit sitzen können und immer weiter verschieben, das hält keine/r aus, und irgendwann reißt dann die sehne, mit der wir uns für den kollektiven kampf gespannt haben. mehr, unsere forderung ist auch kein gegenstand, den man nach politikerInnen-muster mal vorschieben, mal zurücknehmen oder gegen andere themen abwägen kann. der kampf betrifft direkt unser leben, die materielle notwendigkeit ist unmittelbar. auch so materielle notwendigkeit, daß es immer kampf ist, in dem wir unsere identität erhalten, auch wenn wir das ziel nicht erreicht haben.

ich sage das hier so ausführlich zu unseren letzten jahren vor dem streik, weil hinter der frage der „abstimmung“, wie es gesagt wurde, die der beziehungen steht. wir wollten es so weit wie möglich zusammenbringen, natürlich weil wir uns so größere chancen für die durchsetzung versprochen haben, aber es war uns auch so wichtig, weil in unserem denken die beziehungen überhaupt der schlüssel für die entwicklung einer kämpfenden bewegung sind. radikale kämpfe an den konkreten widersprüchen und die entwicklung der beziehungen an den konkreten erfahrungen miteinander zwischen den verschiedenen politischen zusammenhängen, das ist nach unserer auffassung der weg. und nicht die einheits-sammlung, wie es anscheinend von manchen jetzt für die neubildung in der linken angepeilt ist. also, wir haben soweit es für uns ging versucht, es auf die entwicklungen draußen abzustimmen, aber es geht eben nicht wirklich in diesen bedingungen. das ist ja die situation, könnten wir teil des gesamten prozesses sein, hätte auch das mittel hungerstreik für uns nicht so eine bedeutung. unser kampf wäre überhaupt ein anderer.

mit den ergebnissen bzw. nicht-ergebnissen des streiks und den vergeblichen versuchen, danach einen anfang einzufädeln, müssen wir jetzt die ganze vorstellung der letzten jahre wieder anders fassen. was sich an der linie der baw abzeichnet, heißt, daß anschließend an den streik die widersprüche, die darin sichtbar wurden, gleich wieder ausgeräumt worden sind, und daß die reaktion auf den kampf für die zusammenlegung wieder zentral festgezogen ist. kosmetische änderungen bei den einzelnen gegen die mobilisierung mit der entsprechenden propaganda, verhinderung kollektiver prozesse, der „individuelle gnadenweg“.

und das bedeutet, daß sie diese linie wieder über eine ganze zeitspanne hämmern und hämmern werden, weil, wenn es einmal wieder zentral festgelegt ist, soll es das immer auf längere zeit sein, in der sie es durchwalzen wollen, widerstand ist da einberechnet, sie zielen immer auf erschöpfung und zusammenbruch. solange, bis das auch wieder weggekämpft ist.

es wird also jetzt noch einmal eine ganze phase des kampfs kommen. die veränderung gegenüber dem, auf was wir die letzten jahre aus waren, ist, daß für uns ein teilnehmen am prozeß von diskussion und praxis für eine politische weiterentwicklung, der natürlich auch die möglichkeit der veränderung der ganzen ausgangssituation für den revolutionären kampf enthält, kein mensch weiß, wie es dann aussehen würde, nicht möglich ist. nicht, daß wir jetzt daran was umschmeißen wollen, was unsere orientierung in den letzten jahren war, die saugen wir uns nicht aus den fingern, und dieser prozeß läuft auch ohne uns. die notwendigkeit der neuzusammensetzung der kämpfe für eine umwälzung des systems, wobei „neu“ nicht „alles anders“, sondern „wieder“ heißt, ist objektiv, den prozeß bringt jetzt oder später die situation hervor. aber es macht einen unterschied, ob die gefangenen daran teilnehmen können oder nicht. das wird sich auch zeigen. der prozeß verläuft wahrscheinlich anders. weniger einheitlich, weniger als strukturierter, kontinuierlicher prozeß und mehr als ein sich durchschlagen im einzelnen, aus den jeweiligen konkreten zusammenhängen entschiedenen vorstößen. aus unserer situation finden wir das auch nur richtig.

das kommt auch zusammen mit einer erfahrung, die vorher an anderen auseinandersetzungen schon gemacht wurde und die sich jetzt an unserem hungerstreik wiederholt hat. über die mal gründlich nachgedacht werden müßte. der ganze politikbegriff, den viele noch haben, was eine politik der veränderung hier überhaupt noch sein kann, muß überdacht werden. es gab ja so viel unterstützung für unsere forderungen wie noch nie, bis rein in gewerkschaften, kirche, juristenvereine usw., nur um die breite der unterstützung jetzt zu sagen. aber das alles spielt eben eine immer geringere rolle. der staatsapparat hat sich gegen das, was aus der gesellschaft kommt, weitgehend immunisiert. da läuft es nach dem motto: „dort wird demonstriert, hier wird regiert.“ das reicht von der auseinandersetzung um die raketenstationierung bis jetzt. was heißt das?

wir kommen da vor allem auf eines — daß veränderungen nur erreicht werden, wenn man in den mechanismus, nach dem das ganze system funktioniert, trifft. die kosten müssen höher getrieben werden als der profit, den sie sich versprechen.
helmut pohl, ende oktober

Brief von Eva Haule

... ich denk schon länger, daß es notwendig ist, genauer drüber zu reden, was gemeint ist mit „gesellschaftliche gruppen“ und diskussion mit ihnen. grade auch mit euch in der angehörigengruppe. du sprichst es im letzten brief ja auch an. es ist genau der punkt, wo's mit xy dauernd knallt. thomi und ich schreiben uns darüber. die setzen staat und gesellschaft gleich. als wäre das identisch, der staat quasi als interessenvertreter der gesellschaft, der menschen hier — der ab und zu einen ausrutscher macht und korrigiert werden muß ... aber im grund völlig in ordnung ist. daraus wird dann aus „diskussion mit allen gesellschaftlichen gruppen“ der dialog mit dem staat und eine verbrüderung mit allen, die, egal wer sie sind und welche interessen sie verfolgen, für eine änderung unserer haftbedingungen plädieren. nicht mehr unterschieden, wer welche interessen hat.

was du jetzt schreibst zur arbeitstagung der „kritischen polizisten“, wo es auch um unsere haftbedingungen gehen soll und daß das für dich teil der diskussion mit allen gesellschaftlichen gruppen ist —

nein, hundertmal **nein**. polizisten sind keine gesellschaftliche gruppe, sondern teil vom staatsapparat, auch aus ihrem eigenen verständnis „ausführendes organ der staatsgewalt“. du siehst fieke jetzt, sie lag grade zwei wochen mit gehirnerschütterung im bett — folge vom letzten polizeieinsatz an der hafenstraße. was machen denn die „kritischen ..“, wenn ihnen der knüppel- und tränengaseinsatz befohlen wird. dann knüppeln und gasen sie ... kritisch. im fall von fieke ist

das völlig egal. also für alle im widerstand, die damit ständig konfrontiert sind. ich weiß schon, was mit den „kritischen . . ." los ist. sie wollen nicht die köpfe hinhalten für falsche politik vom staat. klar, das ist „legitim". und es zeigt was davon, daß die politik von staat und kapital widersprüche bis in den apparat rein erzeugt. der zuammenhang ist auch deutlich, bei einsätzen wie in wackersdorf z.b. — der bau der waa war bonner entscheidung gemeinsam mit dem siemenskonzern, der damit big money macht. und es gibt auch polizisten, die das falsch finden. aber deshalb bleibt der staat immer noch staat, der apparat der apparat und die polizei . . . die polizei.

man kann das doch nicht trennen, was eine/r oder eine institution objektiv ist, welche interessen vertreten oder geschützt werden — und wie man das eigene verhältnis dazu bestimmt. es geht nicht, das abstrakt anzuschauen oder nur von dem punkt aus, daß da leute auch kritik an unseren haftbedingungen haben. das ist wieder der punkt, den ich neulich schon meinte zu solchen leuten wie conradi, vollmer . . . oder auch zum verfassungsschutz (wo es übrigens auch „kritische" gibt. die sagen, der geheimdienstapparat muß effektiver gegen die wirklichen staatsfeinde eingesetzt werden statt so breit gegen die bürger . . .).

es gab im hs schon so falsche „vermischungen". da haben leute das, was wir als unsere bestimmung und forderung gesagt haben — freie kommunikation . . . mit allen gesellschaftlichen gruppen, und daß wir teil der gesamten diskussion sein wollen, wobei wir natürlich kommunikation/diskussion aus unserer identität meinen, politische auseinandersetzung mit dem ziel wirklicher veränderungen hier —

so umgebogen, daß es plötzlich um „bündnispolitik" geht, zum teil egal mit wem, hauptsache einer sagt „zl" bzw. änderung der haftbedingungen — obwohl es klar war und ist, daß es von bestimmten leuten, gruppen, organisationen in erster linie daraus kommt, daß sie hier endlich ein gewisses problem beseitigen wollen: denen liegt die rettung vom „besten staat, den wir je auf deutschem boden hatten" mehr am herz als das, daß wir die minimalen bedingungen für menschenwürdige haftbedingungen kriegen. die stört mehr, daß unsere reale situation das staats-image schädigt. wenn die alle für zl unterschreiben, sollen sie machen — aber nicht mit euch veranstaltungen, keine „verbrüderung". das ist gar nicht so das problem von „nicht vor den karren spannen lassen", wie du meinst zu den kritischen polizisten, sondern: du hockst da mittendrin. und wer weiß, bei der nächsten demo oder kundgebung seht ihr euch wieder und dann sagen die, sorry, aber . . . „hier spricht die polizei" . . . usw. denk an georg. bonn. und es gibt zig solcher erfahrungen, nicht nur von angehörigen, sondern überhaupt vom widerstand hier. das kannst du nicht „vergessen".

nein, ihr könnt nichts zusammen machen mit leuten, von denen nicht klar ist, daß sie uns, als die, die wir sind, respektieren. auch wenn sie unsere politik nicht akzeptieren, aus welchen gründen auch immer. es muß dieses wirkliche menscheninteresse sein — nur daran könnt ihr euch mit anderen verbinden. das ist die minimalste grundlage. deshalb haben wir z.b. auch das „dialog"-projekt von vollmer und co. abgelehnt und im hs dann jede diskussion mit leuten/gruppen, die aus einem klar gegen uns gerichteten interesse für eine veränderung der haftbedingungen sind — weswegen sie auch ständig unsere forderungen umbiegen wollten und von **uns** „nachgeben" verlangt haben.

weißt du, ich versteh das gut von vielen angehörigen — die schon länger was machen und (mit uns zusammen) wirklich harte zeiten erlebt haben, was öffentlichkeit, die möglichkeiten dazu und unterstützung unserer forderungen betrifft — daß sie teilweise richtig ins schwärmen kommen, weil es jetzt so anders ist. oder bei anderen ist es die sorge um uns und daß sie unbedingt eine veränderung wollen, (fast) jedes mittel ist dafür recht . . . bloß darf man nicht anfangen zu spinnen, also über die realität wegzugehen, denken, es gäb jetzt plötzlich das große „humanistische bündnis" von . . . leuten aus dem widerstand . . . bis conradi, vollmer und was weiß ich noch alles, kirche. es geht nicht, daß unsere angehörigen mit leuten/gruppen/institutionen zusammen etwas machen, die nach den 18 jahren sagen: die haftbedingungen, wie sie sind, haben dem staat mehr geschadet als genützt und **deshalb** müssen sie verändert werden. ich weiß, so deutlich sagen es nicht alle, aber man kann ja dahinterschauen, und das muß man auch. es ist natürlich ein interessanter punkt, die widersprüche in ihren eigenen reihen zu sehen, und in bestimmten situationen muß man genau überlegen, wie man damit arbeiten kann.

ich denke, es geht nicht darum, jetzt wahllos „in die breite" und mit schrillen tönen loszumachen (wie es bei x z.t. ist, jetzt wieder mit der briefbeschränkung) — sondern genaue und eher mehr . . . in die tiefe gerichtete arbeit. das problem ist doch nicht in erster linie, daß es nicht leute gibt, die bescheid wissen (auch wenn es da immer weitergehen muß) und unsere forderungen unterstützen, sondern daß mit denen, die **da** sind oder waren, zu wenig ernst geredet, zu wenig überlegt wird, was jetzt sinnvoll getan werden kann. und man muß auch rauskriegen, woran es liegt, daß zwar sehr viele interesse haben, auch mal für die zl unterschreiben, aber damit hat es sich dann. ist es nur oberflächliches interesse oder wissen sie nicht, was getan werden kann oder haben sie angst (was es oft ist).

und du, paß auch auf, wenn ihr mit den landtagsgrünen redet. da gibts bestimmte leute, die waren im hs so dermaßen finster, das geht ja auch nicht, es einfach zu vergessen. rose glaser hat mir mal die „grünen blätter" geschickt, ihre zeitung, und da waren artikel drin, absolut übel, sag ich dir. vielleicht kannst du dich vorher noch erkundigen, mußt doch wissen, wen du da gegenüber hast.

zu den „kritischen polizisten": wenn sie infos wollen, es gibt ja reichlich material. und daß ihr nicht dorthin kommen könnt, ist aus dem grund so, weil ihr davon ausgehen müßt (und wenn sie sagen, stimmt nicht, dann lügen sie), daß sie unter anderen umständen gegen euch eingesetzt werden und gegen alle, die mit gutem interesse mit euch für unsere zl kämpfen. du hast gemeint, mit denen reden, aber dabei nicht vergessen, daß es polizisten sind . . . sag mal, wirds dir da nicht mulmig, in einem haufen zu sitzen, wo du nicht wissen kannst bzw. sogar davon ausgehen mußt, daß ihr euch bald ganz anders wieder trefft . . . und auch wenn es dich nicht persönlich trifft, dann sinds andere, mit denen du etwas gemeinsam hast. oder: wenn ich noch draußen wäre, wärs dir bestimmt auch egal, ob mich einer kritisch oder unkritisch packt. ich bin dafür, daß die ihre probleme und widersprüche unter/für sich auf die reihe kriegen. das geht uns nichts an, wie die sich den kopf für eine bessere polizei zerbrechen. es ist in den herrschenden verhältnissen, in diesem staat ein hauptjob der polizei, widerstand zu zerschlagen. wenn sie das ändern wollen, müssen sie radikal die herrschenden verhältnisse ändern. dann gibts was zu reden, wenn sie das tun.

ich denk immer, es macht wenig sinn, allgemein/abstrakt zu reden über „breite" und da einen widerspruch zu machen, der so aussieht wie . . . alles oder nichts. es gibt ja starke unterschiede, und entsprechend sehen die gründe verschieden aus, warum man mit bestimmten leuten nichts macht, nicht redet. und es hängt auch von der situation ab bei manchen, wir haben ja im hs auch mit manchen grünen geredet, die in ordnung sind (relativ) — das würde ich jetzt nochmal neu überlegen. man muß es einfach immer genau bestimmen, am ziel orientiert und jeweils konkret drüber reden, was, mit wem, mit welchem konkreten ziel gemacht wird. klar ist aber, muß sein, daß nichts zusammen gemacht wird mit leuten, die nur alternativen suchen, um letztlich doch das gleiche ziel zu erreichen wie der staat mit dem programm seit 18 jahren gegen uns: unsere identität anzugreifen und zu zerstören.

das hab ich dir schon mal geschrieben, glaube ich, als die trennungslinie, die auch eure ist, aus eurer beziehung zu uns — nämlich daß ihr genau diesen angriff, diese zerstörung nicht zulaßt, weil ihr wißt, das sind wir: „ganze menschen". und das hat nichts damit zu tun, daß ihr mit uns politisch ganz übereinstimmt. aber es ist eben trotzdem immer politik, auch das, was ihr macht, **weil** die ganze auseinandersetzung eine politische ist — deshalb läuft alles, was ihr zusammen mit leuten macht, die letztlich doch nur unsere kapitulation wollen, gegen uns.

ich finds gut, wenn du über das, was ich hier sage, auch mit anderen angehörigen sprichst und mir alles sagst, was du dazu denkst! ach so, wenn nochmal so was ist wie mit x letztens, wo sie das gesagt hat mit der briefbeschränkung — dann kanns du klar sagen, daß du es mit sicherheit wüßtest. wenn hier irgendetwas wichtiges passiert, sag ich das den anwälten und dir zuerst. das kann also nicht sein, daß andere mehr wissen. diese übertreibungen und ungenauigkeiten sind besonders schlimm, weil sie uns und euch unglaubwürdig machen. das darf nie sein. außerdem ist das, was real ist, schon schlimm genug. wer da meint, es seien noch besondere „hits" notwendig — außer daß ich das schon einen hohn auf unsere situation finde —, der hat nicht verstanden, was los ist oder kannst nicht wirklich vermitteln. ist auch schwer, ich weiß. aber übertreibungen sind auf keinen fall ein weg. und sag auch, ob ich zu dem ganzen noch mehr/genauer schreiben soll . . .

24.9.89

Auszüge aus der Prozeßerklärung von Jens Stuhlmann

in diesem prozeß gibt es vier angeklagte. wie sich herausgestellt hat, ist aber eine gemeinsame verteidigung offensichtlich nicht möglich; ich will daher aus meiner sicht und für mich verschiedenes zu diesem prozeß sagen. diese erklärung ist also eine persönliche, zugleich aber ist sie auch eine politische, denn das persönliche ist politisch und umgekehrt, und die zustände in diesem lande — innerhalb wie auch außerhalb der knäste — sind daher von dem, worum es hier geht, nicht zu trennen. sie sind es ebenso wenig, wie meine konkrete, persönliche geschichte, meine erfahrungen und lernprozesse, meine schwierigkeiten und erlebnisse von dem zu trennen sind, warum hier jetzt dieser prozeß stattfindet.

ich habe bisher mehr als 10 jahre in verschiedenen knästen der brd verbracht; in dieser zeit habe ich eine menge erlebt, und auch wenn es manchen ab und an so vorkommen mag, im knast zu sein, bedeutet nicht quasi automatisch, in ein schwarzes loch gefallen zu sein, das mit dem leben „draußen" nichts mehr zu tun hat. in gewisser weise ist das knastsystem in sich nur eine wiederspiegelung des systems überhaupt, es spielen sich die gleichen prozesse und mechanismen ab, mit einem unterschied: die konfrontation ist sehr viel direkter, und während man sonst zumindest die möglichkeit hat, auszuweichen, hat man im knast zwei möglichkeiten: sich anzupassen oder zu kämpfen. all das hier ist zugleich auch ein stück dieses kampfes und hat seine geschichte. und ich werde mich nicht hier hinsetzen und irgendein schauspiel über mich ergehen lassen, mich nicht in die rolle des objekts drängen lassen, die gefangenen, angeklagten etc. von dieser klassenjustiz zugedacht ist. weil ich mensch bin und nicht objekt, weil ich handelndes subjekt bin, nicht marionette, daran haben auch 10 jahre knast und repression nichts geändert, und also wird das auch jetzt und hier nicht anders sein. das bedeutet nicht, daß ich mich auf die konstrukte dieser justiz einlassen werde, sondern es bedeutet, diesen konstrukten die tatsächlichen verhältnisse, die wirklichen hintergründe und tatsachen entgegenzusetzen. es bedeutet, aufzuzeigen, wie diese justiz funktioniert, worum es ihr tatsächlich geht, was also — insgesamt wie auch konkret in diesem prozeß — ziel und funktion dieses repressionsapparates ist. es bedeutet, klarzumachen, was knast ist und sein soll, wie die situation von gefangenen aussieht, was in den knästen tagtäglich mit menschen geschieht und warum. denn, um das fazit einmal vorwegzunehmen: auf der anklagebank sitzt hier die klassenjustiz, insbesondere das knastsystem. ein system von ausbeutung, unterdrückung und unmenschlichkeit, ein system, dessen merkmal die kalkulierte zerstörung von menschen ist. denn mensch-sein bedeutet, selbstbestimmt zu denken und zu handeln, gefühle, wünsche und empfindungen zu haben, sich im wirklichen sinn sozial zu verhalten und damit moralisch und politisch als mensch zu leben. mit anderen worten also all das, was dieses system zu unterdrücken sucht, weil macht und profit, konkurrenz und zwietracht, vereinzelung und gegeneinander drinnen wie draußen das sind, was dieses system produziert, was den menschen von den herrschenden versucht wird aufzudrücken, was versucht wird, in die köpfe und herzen der menschen hineinzustopfen. und wenn menschen es nicht mehr aushalten, wenn sie aus den gesetzten normen ausbrechen, in der regel eher unbewußt, dann hat dies system und die herrschende klasse jene macht- und repressionsmittel bereit, die die menschen wieder gefügig machen sollen. eines davon, wenn auch das wohl bedeutendste, ist das knastsystem, das gefängnis. darum geht es hier, allgemein, aber auch und gerade konkret entlang der erfahrungen, der erlebnisse, der tatsachen, ohne die dieser prozeß hier jetzt nicht stattfinden würde ...

es geht also nicht um recht oder unrecht, sondern um macht und die erhaltung dieser macht. und allerdings ist diese patriarchale, kapitalistische gesellschaft durchzogen mit einem netz von gesetzten normen, die jener machterhaltung dienlich sein sollen. die dafür sorgen sollen, daß weiterhin wenige über viele herrschen können, daß weiterhin macht, geld mehr „wert" ist als miteinander und menschlichkeit. wer nun etwa aus dieser gesellschaft ausgegrenzt wird, etwa weil er nicht entsprechend nützlich ist, nicht so viel leisten kann, der soll nicht auf den gedanken kommen, das als ungerecht zu empfinden; er soll sich in sein schicksal fügen und nicht aufbegehren. und wer das doch tut, der wird und soll spüren, daß dies nicht ohne konsequenzen bleibt, der wird mit jenem apparat von kontrolle, überwachung und sanktion konfrontiert, der die gesellschaft durchzieht. keine arbeit, keine wohnung, keine ausbildung zu haben, dabei aber ständig vorgeführt zu bekommen, daß nur der ein wirklicher mensch sei, der am gesellschaftlichen leben teilnimmt, der konsumiert, jene warenverhältnisse verinnerlicht hat, ist für große teile der gesellschaft der „normalzustand" — mit menschenwürdigem leben hat dies allerdings nichts zu tun.

und „legalität" ist eine frage von macht; wer die macht hat, hat das recht. wenn konzerne aus profitinteresse die natur zerstören oder menschen aus der sog. 3. welt ausbeuten, wenn spekulanten wohnraum zerstören oder mißbrauchen, wenn politiker lügen, betrügen und haß gegen ausländer und andersdenkende schüren, ist all dies und vieles mehr legalisiert, eben „normal" im sinne jener normen, im sinne der macht. aber wenn menschen, die ihr leben lang immer unten waren, beginnen, sich zu wehren, sich vielleicht einfach erst mal ein stück von dem nehmen wollen, was ihnen ständig vorgeführt wird, dann ist dies kriminell, sind sie asozial, ihr tun verwerflich. und hunderttausende und millionen wissen und spüren dies im grunde — aber nur wenige ziehen daraus die konsequenzen; die meisten halten den mund und passen sich weiterhin an, nehmen all das in kauf. auch und gerade weil den menschen von beginn an gepredigt und gelehrt wird, daß sie sich in ständiger konkurrenz befinden zu allen anderen, „besser" sein müssen als andere — gegeneinander statt miteinander.

ich habe draußen wie auch im knast immer versucht, hiergegen anzugehen, gegen diese art zu denken und zu handeln etwas zu tun, hier etwas zu verändern. und einerseits habe ich dabei immer die erfahrung gemacht, daß dies sehr wohl möglich ist — was zeigt, daß es eben nicht etwa in der natur des menschen liegt, so zu denken, egoistisch zu sein. sondern daß menschen dazu gebracht werden und worden sind, und daß sie, wenn sie sich darauf besinnen, sich selbst und darüber die herrschenden zustände auch verändern können. andererseits aber habe ich eben auch immer wieder erfahren hierbei, daß allein der versuch hierzu die konfrontation mit der macht und der repression ist, denn nichts will jene macht, wollen jene mächtigen weniger, als daß die menschen begreifen und jene macht in frage stellen, gar anfangen, sich dagegen aufzulehnen und zu wehren. und um jene fragen ging es auch bei dem, was hier jetzt gegenstand dieses prozesses ist. während jener zeiten, die ich jeweils im sog. „normalvollzug" verbrachte, in denen ich also nicht von anderen gefangenen isoliert war, habe ich immer versucht, auch konkret und direkt gemeinsam mit anderen etwas zu verändern — weil ich denke, daß man dies immer (auch) dort tun und versuchen muß, wo man ist, wo man sich aufhält, wo man lebt. meine erfahrungen dabei waren eigentlich immer gleich, es war immer das gleiche schema: zunächst haben wir angefangen, uns mit unserer problematik, mit all dem auseinanderzusetzen, langsam begannen andere immer mehr zu begreifen, wir haben versucht, das umzusetzen. aber in dem maße, in dem dies gelang, wurden auch die versuche der justiz, das zu verhindern, intensiver, und wenn man merkte, daß das begreifen und der widerstand sich verbreiterte, folgte schließlich erneute isolation.

auch zu jener zeit anfang 1985 war ich sozusagen wieder am ausgangspunkt im „normalen" vollzug; der hungerstreik war vorbei, ohne daß sich an unserer situation wirklich etwas verändert hatte. nach längerer isolation hatte ich zunächst — und habe dies auch heute — meine schwierigkeiten mit jenem „normalen" vollzug. dieser und die konfrontation mit der ganzen allgemeinen knastsituation bringt es mit sich, daß man viel mehr mit dingen konfrontiert ist, die einem eigentlich nichts geben; ich fühlte mich völlig fremd, alles um mich herum war künstlich, und es war eigentlich etwas, das mit dem, was ich will und brauche, nicht das geringste zu tun hatte. mit den menschen, mit denen ich zusammen sein wollte — wenn ich denn schon im knast sein mußte —, konnte ich nicht zusammen sein, und das denken und handeln der meisten gefangenen war mir fremd, ich konnte es zwar begreifen, aber nichts damit anfangen. was bleibt, war also wiederum so etwas wie ein stück sozialarbeit, was ich eigentlich nicht wollte. die unterschiedlichkeit im denken und handeln spiegelt sich auch ein stück weit hier wieder, zeigt sich auch im verhalten gegenüber der justiz und auch in diesem prozeß, insoweit ist auch dies wiederum eine fortsetzung der entwicklung. gleichwohl versuchte ich also auch damals, gemeinsam mit anderen und soweit dies möglich war, etwas zu tun. mir war dabei durchaus klar, daß wir z.t. mit unterschiedlicher motivation, mit unterschiedlichem bewußtseinsstand an all das herangingen, daß es einigen sehr viel mehr etwa um die persönliche situation und deren verbesserung ging — aber ich wußte schließlich aus eigener erfahrung, daß auch ich einmal angefangen hatte, zu begreifen, anders zu denken und zu handeln, und wenn also auch andere sozusagen an diesem anfang standen, war dies kein grund, es nicht gemeinsam zu versuchen, trotz der bestehenden unterschiede. zudem hatte ich eigen-

lich immer versucht, mich auch ein stück weit für die veränderung insgesamt einzusetzen, sozusagen für alle gefangenen, nicht nur für uns, die wir mit einem entsprechenden politischen anspruch und bewußtsein herangingen. und gerade bei den anderen war es doch auch so, daß sie noch viel weniger unterstützung und solidarität erfuhren, der situation oft noch viel mehr ausgesetzt waren, wenn auch auf andere art und weise und ohne daß ihnen dies bewußt gewesen wäre. heute noch ist es so, daß die allermeisten gefangenen weder über wirkliche kontakte nach draußen noch über verteidiger verfügen, daß sie kein intaktes soziales umfeld haben, vereinzelt sind, und daß all dies auch gerade nach ihrer entlassung dafür sorgt, daß der rückfall nicht lange auf sich warten läßt. sicher, es liegt auch und gerade an ihnen selbst und daran, daß sie in der regel unfähig sind, von sich aus etwas zu ändern, aus der rolle des objekts herauszukommen. aber was hat sie denn dahin gebracht?

worum sollte es also gehen mit jenem „bundesverband gefangenenhilfe"? zunächst einmal durchaus um ein stück „sozialarbeit" — allerdings nicht von außen und im bürgerlichen sinne, sondern aus uns selbst heraus und direkt durch uns als betroffene. es gibt die verschiedensten „hilfsvereine" und institutionen für gefangene, aber immer handelt es sich dabei um von außen aufgesetzte sozialarbeit, die letztlich auch nichts anderes tut als zu verwalten und zu bestimmen, die teil ist des systems und den gleichen normen unterworfen — und die die gefangenen wiederum nur als objekte betrachtet und behandelt. genau das aber wollten wir nicht, sondern selbstbestimmt aus uns heraus versuchen, an der situation etwas zu ändern. was heißt das konkret? nun, ein gutes stück weit ist dies allerdings auch eine materielle, finanzielle frage — wir leben nun mal in einer kapitalitischen gesellschaft. und wenn jener maschine, jenem apparat effektiv etwas entgegengesetzt werden soll, dann sind hierzu auch finanzielle mittel erforderlich, die mehr sind als almosen. hierzu einige beispiele, die auch ganz konkret geplant waren:

1. für gefangene, die entlassen wurden und über keine kontakte draußen verfügten, sollte die möglichkeit geschaffen werden, miteinander zu wohnen und zu leben, und zwar so, daß sie untereinander wirklich gemeinsam und gemeinschaftlich miteinander umgehen können, ohne sofort wieder dem druck von leistung, der stigmatisierung und all jenen mechanismen ausgesetzt zu sein, die dann den rückfall vorprogrammieren. zu diesem zweck war die anmietung von wohnraum geplant, also zunächst hatten wir konkret vorgesehen, ein entsprechendes haus zu mieten und gemeinsam einzurichten bzw. instandzusetzen.
2. die verteidigung und unterstützung von gefangenen durch rechtsanwälte ist in aller regel zunächst mal eine finanzielle frage — wer geld hat, kann sich einen verteidiger leisten, wer keines hat, hat pech gehabt. das — zudem heuchlerische — instrument der „pflichtverteidigung" gibt es nun aber in vollzugssachen nicht; will ein gefangener bei der auseinandersetzung mit dem knast etwa die hilfe eines anwalts in anspruch nehmen, ist dies erst mal eine finanzielle frage — und die meisten gefangenen haben natürlich kein geld. also planten wir, derartige kosten für verteidiger zu übernehmen bzw. eine art „vertragsanwälte" zu beschäftigen, die dann jeweils gefangene in vollzugssachen vertreten.
3. das thema knast ist in der öffentlichkeit in der regel eher tabu, kaum erfährt man etwas darüber, was hinter den mauern vorgeht, schon gar nicht gibt es solche informationen von den betroffenen und aus ihrer sicht. auch hier wollten wir also auf verschiedenen wegen zu einer besseren information und einem stück gegenöffentlichkeit beitragen, sei dies durch unterstützung von knastzeitungen oder ähnlichem, sei es auch durch eigene öffentlichkeitsarbeit.
4. die materielle unterstützung von gefangenen und auch deren angehörigen insgesamt, wo dies nötig und möglich ist, war ein weiterer punkt. die gefangenen sind durch das in den knästen herrschende ausbeutungssystem weder in der lage, schulden oder anderen verpflichtungen nachzukommen, noch ihre angehörigen zu unterstützen, die meistens auch nur über minimalste mittel, also das absolute existenzminimum, verfügen. dies ist ein weiter bereich, zu dem man allein seitenweise etwas sagen könnte und müßte; hier sei erst einmal nur gesagt, daß wir uns auch da vorgenommen hatten, etwas zu ändern, und in ansätzen geschah dies ja auch.

dies sind jetzt 4 beispiele; insgesamt ist dazu im laufe des prozesses noch eine menge mehr zu sagen, wird dies dann auch konkreter geschehen. insgesamt haben wir versucht, selbstbestimmt und eben außerhalb der bestehenden institutionen, etwas gegen den knast und seine auswirkungen zu tun . . .

schon eher allerdings wird es darum gehen, die wirklichen tatsachen ebenso sichtbar zu machen wie die versuche dieser justiz, zu verdrehen und zu konstruieren. die staatsanwaltschaft wird nicht damit durchkommen, mich hier als bösartigen hauptschuldigen in ihrem sinne aufzubauen; dabei werden ihr weder die juristischen konstrukte noch die mit dem verzicht auf anklageerhebung gekauften „kronzeugen" etwas nützen. und sie sollte sich ebenso wie dieses gericht darauf einrichten, daß dieser prozeß hier kein üblicher sein wird. ich fühle mich hier in keiner weise als angeklagter, der sich wie auch immer zu rechtfertigen versucht, ich weiß nicht, wie meine mitangeklagten dies für sich sehen, für mich ist es kein zufall, wen staatsanwaltschaft und gericht auf die anklagebank gesetzt haben und wen nicht; wie ich aber bereits sagte, sind die plätze da für mich anders verteilt.

auch dies sei aber noch gesagt: auch wenn ich die absicht habe, diesen prozeß hier offensiv zu führen, auch wenn ich mich nicht als schuldiger oder angeklagter fühle, bedeutet dies natürlich nicht, daß mir dies ganze schauspiel nichts ausmachen würde. es hat bereits dazu geführt, daß ich seit 10 monaten in der untersuchungshaft hocke, statt draußen endlich das zu tun, was ich schon lange will: zusammen mit anderen, meiner freundin ebenso wie mit genossinnen und genossen, für das zu leben und zu kämpfen, was mensch-sein ausmacht. zu lachen, zu lieben, spazieren zu gehen und all das tun zu können, was zum leben gehört. statt weiterhin in einem loch zu hocken und sich jeden tag und jede stunde gegen all den dreck wehren zu müssen, mit dem man konfrontiert ist, gegen all die fremdbestimmung, die isolierung, die repression, gegen all das, was dieser apparat tagtäglich gegen das mensch-sein versucht. es sollte also, auch wenn das vielleicht erst mal so aussieht, niemand denken, das würde einem nichts ausmachen. es macht mir gewaltig etwas aus, und es geht mir dabei oft alles andere als gut. und wenn die sprache hier und jetzt eine ganz bestimmte ist, so deshalb, weil dies hier konfrontation ist, ganz real und konkret, und weil freundlichkeit, menschlichkeit, nähe und der auch sprachliche ausdruck davon etwas ist, was auch zum mensch-sein gehört, aber nicht gegenüber denen, die deine gegner sind, nicht in der konfrontation. das bedeutet aber nicht, daß man als gefangener oder auch im politischen kampf nur noch härte und haß produzieren und ausdrucken könnte, denn eben das unterscheidet, wie ich denke, uns von anderen: daß wir menschen sind . . .

02.11.89 jens stuhlmann

Die nächsten Prozeßtermine sind: Im November jeden Dienstag, Donnerstag und Freitag; dann am 5.12., 12.12., 19.12. und 02.01., und dann ab der ersten Woche im Jahr 1990 an jedem Dienstag und Donnerstag. Verhandlungsbeginn ist jeweils immer um 8.30 Uhr, Zimmer 21 (Erdgeschoß) im Landgericht Lüneburg, Am Markt 7.

Die Postadresse von Jens ist: Jens Stuhlmann, über Landgericht Lüneburg — 2. Große Strafkammer —, Postfach 2131, 2120 Lüneburg.

Die vollständige Prozeßerklärung ist in den Info-Büros erhältlich.

Freilassung aller Haftunfähigen!

Brief an Justizminister Eyrich

Anläßlich ihrer zweiten Kundgebung am 13.10.89 übergaben die Angehörigen der politischen Gefangenen den nachstehend abgedruckten Brief. Wie bei allen bisher gemachten Vorstößen reagierte Justizminister Eyrich auch diesmal mit Schweigen.

Sehr geehrter Herr Minister Eyrich!

Am 9. September 1989 haben wir Ihnen anläßlich unserer Kundgebung vor Ihrem Ministerium einen Brief übergeben.

Bis heute haben sie weder die Freilassung von Günter Sonnenberg verfügt, noch wenigstens seine Haftbedingungen verbessert.

Und um unser Schreiben zu beantworten, fehlten Ihnen wahrscheinlich endgültig die Argumente. Das nimmt letztlich nicht Wunder. Denn die Realität der BRD mit ihren Repressionsgesetzen (bereits vorhandenen und geplanten) läßt sich in einem Ernstfall wie diesem nicht mehr mit ihrem Anspruch vereinbaren, Gralshüter von Demokratie und Menschenrechten zu sein.

Die politischen Gefangenen und ihre Haftbedingungen sind ein Symbol dafür, was hier jeden in Zukunft erwartet, der gegen die von

Wirtschaft und Politikern geschaffenen Fakten Widerstand leistet.

Wir zitieren einen Staatsschutzrichter: „Das bißchen Widerstand erledigen wir mit der Fliegenklatsche!"

Wir fordern die Freilassung von Günter Sonnenberg!

Er ist seit 1977 haftunfähig durch Staatsgewalt.

Die Angehörigen der politischen Gefangenen am 13.10.1989

Karlsruhe. Am 2.11.89 fand in Karlsruhe auf einer Verbrauchermesse eine Podiumsdiskussion mit Justizminister Eyrich zum Thema Binnenmarkt '92 statt. Das Land Baden-Württemberg machte dort einen Propagandastand für das Europa '92. Ein paar Leute nutzten diese Gelegenheit, um Eyrich mit einigen Fragen zu Günter zu konfrontieren. Bei der Diskussion, wo das Publikum Fragen stellen konnte, kamen sie auch kurz ans Mikrophon. Es wurde etwas zu Eyrich und seinem Verhalten während des Hungerstreiks gesagt, zu Günters Situation, daß er haftunfähig ist, und zu Jürgen Derm, der ebenfalls raus muß. An Eyrich wurde konkret die Frage gestellt, wann Günter und auch Jürgen rauskommen. Eyrichs Antwort war kurz und bündig, Günter sei nicht haftunfähig, Jürgen Derm käme in ein Knastkrankenhaus, und von Terroristen lasse er sich nicht erpressen. Leider konnten sie nicht länger weitermachen, zum einen weil sie das Mikrophon schnell wieder los wurden, und zum anderen weil sie nur wenige waren. Ein genauerer Bericht und eine Einschätzung kommen noch nach.

Redebeitrag auf der Kundgebung in Stuttgart am 13.10.1989

Wir haben uns bei der Vorbereitung dieser zweiten Kundgebung für Günters Freilassung dafür entschieden, wieder hierher zu kommen und nicht an einen Ort zu gehen, wo vielleicht mehr Leute hinkommen. Und zwar deswegen, weil hier mit Eyrich einer der Hauptverantwortlichen dafür sitzt, daß Günter immer noch nicht draußen ist. Eyrich ist der eine, Rebmann ist der andere. Und von diesen beiden vor allen Dingen fordern wir Günters Freilassung. Ich will jetzt weniger auf die aktuelle Situation bei Günter eingehen, dazu sagt Roland nachher vielleicht noch was. Es hat sich wenig verändert. Ein paar kleine Verbesserungen hat es gegeben. Ich will was dazu sagen, weshalb Eyrich und Rebmann bzw. die Behörden, für die die beiden stehen, derart gegen Günter vorgehen, derart darauf bestehen, daß er im Knast bleibt, mit einem solchen Haß auch gegen ihn vorgehen.

Das ist zum einen deshalb, weil Günter wie kein anderer dafür steht, daß einer, der kämpft, der nicht aufhört zu kämpfen, nicht gebrochen werden kann, weil er derjenige ist, der unter den allerhärtesten Bedingungen es geschafft hat, seine politische Identität zu wahren und zu verteidigen und weiterzuentwickeln. Darüber ist ja auch schon einiges gesagt und geschrieben worden. Das ist das eine. Das andere aber, und das halte ich für mindestens genauso wichtig, ist der Zusammenhang, in dem Günter eingefahren ist. Günter ist damals gesucht worden — 1977 —, nachdem Buback, der damalige Generalbundesanwalt, erschossen worden ist. Er ist relativ kurz danach festgenommen worden, und um zu verstehen, was das bedeutet, muß man sich die Situation damals kurz vergegenwärtigen.

Im Frühjahr '77 war die Situation so, da war der Stammheimer Prozeß gegen Andreas, Gudrun, Jan und Ulrike. Fast zwei Jahre ist der schon gelaufen. Der Stammheimer Prozeß war konzipiert als **die** Abrechnung der Bundesrepublik mit der Politik der RAF vor einer europäischen Öffentlichkeit. Der Plan war, in diesem Prozeß die Politik der RAF zu denunzieren und justiziabel zu machen. Das ist gescheitert an dem Kampf der Gefangenen, die zum einen die Haftbedingungen thematisiert haben. Es kam raus, daß die Haftbedingungen Folter sind. Es ist ganz breit in die Öffentlichkeit gekommen. Zum anderen ist es daran gescheitert, daß die Gefangenen auch thematisiert haben ihren Kampf gegen die US-Politik in Vietnam und die Beteiligung der BRD daran. In dem Moment, als durch die zentralen Anträge dieses Prozesses das ganz klar auf den Punkt kommen sollte, ist Ulrike ermordet worden, und der Verantwortliche für diesen Mord war der Generalbundesanwalt Buback.

Buback war nicht bloß eine Charaktermaske, nicht bloß eine austauschbare Figur des Systems, sondern er war ganz klar einer der Hauptakteure, ein Täter. Und er war in der Position, in der er war, auch nicht so ohne weiteres zu ersetzen. Er war verantwortlich für den Mord an Ulrike, wie er vorher verantwortlich war für den Mord an Holger und den Mord an Siegfried Hausner. Und es war dann so, daß gegen Ende des Prozesses die BRD ganz schön in Bedrängnis geraten ist. Und zwar durch den Prozeß, weil durch den Prozeß deutlich geworden ist, wie die BRD vorgeht gegen ihre innenpolitischen Gegner. Es ist im Ausland eine starke Bewegung gegen die BRD entstanden. Was sich durchgesetzt hat, war das Bewußtsein der BRD als Nachfolgestaat der alten Faschisten, des alten Faschismus der Nazis. Gerade in den Ländern, die unter der Nazi-Herrschaft besonders gelitten haben, hat es einen breiten Widerstand gegeben. Es ist deutlich geworden, daß der Versuch der BRD, das „Modell Deutschland" der sozialen Befriedung durchzusetzen, daß das an diesem Widerstand scheitern würde. Und ein wesentlicher Faktor darin war auch der Kampf der Guerilla, die Angriffe, die sie gemacht hat. Und an den Reaktionen darauf ist deutlich geworden, was die BRD ist.

Anfang '77 sind Abhörskandale bekannt geworden. Zunächst gegen den Atomphysiker Traube. Kurz darauf ist auch bekannt geworden, daß in Stammheim die Gespräche der Verteidiger mit ihren Mandanten abgehört worden sind. Und das heißt, es ist ganz klar geworden, daß der Prozeß total rechtswidrig war. Eigentlich hätte er eingestellt werden müssen in dem Moment. Er ist natürlich nicht eingestellt worden. Aber die Situation war so, daß die BRD politisch sehr in der Defensive war. In der Situation haben wir einen Hungerstreik angefangen mit der Forderung nach Zusammenlegung, und während dieses Streiks hat das Kommando Ulrike Meinhof der RAF Buback erschossen.

Die Reaktion war zuerst eine heftige Repression, gerade auch im Knast, Kontaktsperre. Es war so, daß dann gegen Günter, Christian und Knut eine totale Hetzjagd entfesselt worden ist. Die drei sollten die Verantwortlichen sein für Bubacks Hinrichtung. Knapp einen Monat später ist Günter in Singen dann verhaftet worden. Er ist bei dieser Verhaftung angeschossen worden, und er ist dann der Öffentlichkeit präsentiert worden als „**der** Buback-Mörder". Die beiden anderen, das war dann nicht mehr so wichtig. Er stand jedenfalls für die Justiz als derjenige da, der verantwortlich ist für den Tod von Buback und damit für den Verlust einer der zentralen Figuren des Systems.

Es war auch so, daß dieser Verlust für die Herrschenden ein solcher Schlag war, daß sie erstmal nachgegeben haben, und das hat es bis dahin nicht gegeben. Sie haben nach vier Wochen Hungerstreik den Gefangenen in Stammheim die Zusage gegeben, daß es eine Zusammenlegung geben wird. Und diese Zusage hat Rebmann gemacht. Der war damals Ministerialdirektor, glaub ich, im baden-württembergischen Justizministerium. Es hat sich auch erstmal kein Nachfolger für Buback gefunden. Wegen der Bedeutung des Postens und weil es ein ziemlich riskanter Posten war. Und ich denke, es ist nicht überinterpretiert, wenn man sagt, daß auch die Hinrichtung von Buback ein Grund dafür war, daß die Behörden damals nachgegeben haben, daß sie die Zusammenlegung zugesagt haben. Sie haben dann verzögert. Aber darauf will ich jetzt nicht weiter eingehen.

Der Fakt, der bleibt, ist, daß Günter für einen ganz ganz wesentlichen Teil der Geschichte der BRD steht, und zwar für eine der herbsten Niederlagen, die dieser Staat und seine damalige Regierung einstecken mußte. Und ich denke, damit ist auch zu erklären, weshalb ein solcher Haß jetzt ist bei den Behörden, bei Rebmann als Bubacks Nachfolger und bei den baden-württembergischen Justizbehörden — das ist ja nicht alles hier in Baden-Württemberg passiert —, daß sie ihn nicht rausgeben wollen. Es ist also eine ganz andere politische Dimension bei Günter, für die er steht, als es bisher bei anderen Gefangenen war. Es sind ja in letzter Zeit zwei haftunfähige Gefangene freigekommen. Angelika Goder in Berlin und Christoph von Hören aus Fröndenberg. Bei Günter wird es mit Sicherheit nicht so einfach sein, wegen dem, was ich eben gesagt habe, weil er für eine ganz andere Dimension der Politik steht.

Es wird sicher auch nicht schnell gehen. Aber es ist wahnsinnig wichtig, daß die Angehörigen und hier die Genossen, die direkt was dafür machen, dabei nicht alleine bleiben; daß sich überall Genossen überlegen, was sie noch dazu machen können.

Wir hatten gehört, daß es einige gibt, die an der Umstrukturierung arbeiten und die meinen, das müßten sie zuerst machen, und das wäre ein Widerspruch oder wäre schwierig, dann auch was zu Günter zu machen. Ich denke, das ist eine totale Fehleinschätzung. Günter und die Genossen, die damals gekämpft habe, stehen auch dafür, daß der Versuch der BRD, das „Modell Deutschland" durchzusetzen, daß **das** nicht geklappt hat. Jetzt läuft ein neuer Versuch der BRD, der Binnenmarkt '92. Die BRD ist jetzt drauf und dran, sich in Europa zur Hege-

monialmacht aufzubauen und durchzusetzen. Wer dagegen kämpft, kämpft nur zur Hälfte und kann das nicht wirklich durchsetzen, was er will, wenn er nicht auf die Geschichte guckt, wie es bisher schon gelaufen ist, was damals war, wie andere dagegen gekämpft haben und was andere dagegen getan haben. Und es kann auch nicht gehen, wirksam jetzt gegen diesen Binnenmarkt '92 zu kämpfen, wenn man diejenigen vergißt, und nicht auch dafür kämpft, daß diejenigen, die früher genau gegen die gleiche entwicklung gekämpft haben, daß die rauskommen.

wir wollen Günter draußen haben, nicht bloß, weil er haftunfähig ist, sondern weil er gekämpft hat, und weil wir das, was er damals gemacht hat, seine Erfahrungen und sein Wissen, heute auch brauchen, um heute wirksam weiter kämpfen zu können.

Von einigen Angehörigen und GenossInnen der politischen Gefangenen aus Frankfurt.

Aktuelles aus den Knästen

Mannheim. Am 10. Oktober trat ein Gefangener aus dem Knast Mannheim, Roland Schwarzenberger, in den Hungerstreik. Er kämpft damit u.a. für eine sofortige Verlegung in einen anderen, heimatnahen Knast und die Überweisung in eine Klinik oder Vollzugskrankenhaus. Weiterhin versteht er seinen Streik als Protest gegen die ärztliche Behandlung im Mannheimer Knast und gegen den Strafvollzug allgemein. Er war bereits vom 28.9. bis 3.10. für seine Forderungen im Hungerstreik. Es besteht die Gefahr der Zwangspsychiatrisierung, d.h. Zwangsverlegung ins Knastkrankenhaus Hohen Asperg! Wir werden im nächsten Info genauer berichten. Seine Postanschrift ist: Roland Schwarzenberger, Herzogenriedstr. 111, 6800 Mannheim.

Hamburg. Fritz Storim ist jetzt in den Knast Fuhlsbüttel verlegt worden. Bisher hat Fritz fast nur Besuche mit Trennscheibe; über alle Besuche entscheidet jetzt das LKA, d.h. die eigentlich zuständige Richterin hat keine besonderen Maßnahmen angeordnet. Post und Besuchsanträge laufen ab sofort über das Amtsgericht Itzehoe, Bergstraße 5-7, 2210 Itzehoe, Az. 20 Gs 763/89.

Uelzen. Seit dem 1.11. verweigern die Lüneburger Untersuchungsgefangenen im Uelzener Knast bis auf weiteres das Anstaltsessen und diejenigen, die das bisher taten, die Arbeit. In ihrer Erklärung fordern sie soviel Brot, wie jeder braucht und will, eine Verbesserung der Qualität des Essens, bessere psychische Unterstützung, einen Dolmetscher für diejenigen ausländischen Gefangenen, die kein Deutsch sprechen, und sie wehren sich gegen faschistoide oder rassistische Bemerkungen von Schließern gegenüber den ausländischen Mitgefangenen.

Karlsruhe. Generalbundesanwalt Rebmann hat gegen einen weiteren Kurden Haftbefehl erlassen. Ahmet Göktas wird u.a. die „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" (§ 129a) vorgeworfen. Gegen die Durchsuchung seiner Wohnung protestierten am 17.10. in Frankfurt mehr als 50 Kurden in den Geschäftsräumen der Rathausfraktion der Grünen.

Düsseldorf. Die beiden irischen politischen Gefangenen in der BRD (Gerry Hanratty und Gerry McGeough) haben eine neue Postadresse: c/o 6. Strafsenat, Cecilienalle 3, 4000 Düsseldorf 30. Für die beiden wurde extra ein neuer, sechster Strafsenat in Düsseldorf eingerichtet.

Prozesse

Düsseldorf. Am 08.09.88 wurde Thomas Kilpper verhaftet und nach § 129a („Mitgliedschaft in einer ‚kämpfenden Einheit'") angeklagt. Der Prozeß gegen ihn beginnt am 23.11. um 9.15 Uhr in Düsseldorf, Prozeßgebäude, Tannenstraße. Die voraussichtlichen weiteren Termine: 30.11., 1.12., 7.12., 8.12., 14.12., 22.12., und im Jahr 1990 am 2.1., 4.1., 5.1., 11.1., 12.1., 18.1., 19.1., 25.1., 26.1., 1.2. Seit dem 30.10. ist Thomas jetzt im Düsseldorfer Knast.

Hamburg. Der Prozeß gegen Eva wegen „schweren Widerstands, schweren Landfriedensbruchs und versuchter gefährlicher Körperverletzung" findet am 16.11.89 um 11 Uhr im Strafjustizgebäude/Sievekingplatz 3, Raum 297 statt. Alle, die Eva während des Prozesses unterstützen wollen, treffen sich an diesem Tag um 9.30 Uhr in oder vor der Roten Flora am Schulterblatt, um gemeinsam zum Gericht zu gehen. Eva wurde am 26.5.89, dem Tag der Bauwagenräumung am Hafenrand, verhaftet.

Aktuelles international

El Salvador: Anschlag auf die Büros von Angehörigen und Gewerkschaft

Wie in vielen Zeitungen schon berichtet, gab es am 31.10.89 Attentate gegen den linken Gewerkschaftsbund und gegen die „Commadres" (Angehörigenkomitee von Repressionsopfern) in San Salvador. Dieser Staatsterror forderte sieben Todesopfer und über 400 Verletzte. Gegen die Angehörigen war dies der dritte Anschlag in diesem Jahr. Es ist davon auszugehen, daß die Anschläge von den Behörden der rechtsextremen ARENA-Regierung angeordnet worden sind. Wir, die Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD, fordern Gruppen und Individuen dazu auf, Protestschreiben an Alfredo Christiani, Chef der Rechten El Salvadors und gegenwärtiger Staatspräsident, zu schicken; desweiteren Solidaritätsschreiben an die Mütterorganisation Commadres und die Gewerkschaftsföderation U.M.T.S. zu richten, die Zielscheibe der Attentate waren. Richtet die Schreiben zur Weiterleitung an die Informationsstelle El Salvador, Heerstr. 205, 53 Bonn 1. Hier unser Protestschreiben an Alfredo Christiani: „Wir, die Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD, protestieren gegen die terroristischen Attentate, begangen am 31.10.89 gegen die Massenorganisationen Commadres und U.M.T.S. durch Sicherheitskräfte El Salvadors und fordern die Verantwortlichen in El Salvador dazu auf, endlich Schluß zu machen mit ihrem Versuch, den Prozeß für Frieden und Freiheit zu zerschlagen, indem sie diejenigen ermorden, die für eine menschliche Gesellschaft in El Salvador kämpfen."

Spendet massenhaft auf das Spendenkonto der Informationsstelle El Salvador Bonn, Postgiroamt Köln, Konto-Nr. 332276-507, Stichwort „Commadres" oder „U.M.T.S.".

Wichtige Information: Kein Zufall ist es, daß ausgerechnet zur gegenwärtigen Situation die Hanns-Seidel-Stiftung (CSU-Stiftung) für den Zeitraum vom 19.-21.11.89 Alfredo Christiani und Violetta Chamorro, Präsidentschaftskandidatin der Rechten Nicaraguas, nach München in das Hotel „Vier Jahreszeiten" eingeladen hat, um am „Franz-Josef-Strauß-Symposium" der 10. internationalen Fachtagung für Politik und Strategie teilzunehmen und zu dem Thema zu referieren: „Zukunft der Demokratie in Zentralamerika, dargestellt am Beispiel von Nicaragua und El Salvador" (eingeladen zu diesem „Symposium" ist außerdem der Chef der UNITA — westlich orientierte, konterrevolutionäre Rebellenorgansiation in Angola —, Dr. Jonas Savimbi).

Marokko: Hungerstreik von politischen Gefangenen

Boukourou Abdelfattah, ein marokkanischer politischer Gefangener und Zuckerkranker, kann jeden Moment sterben. Er ist seit 17. Juni für unbestimmte Zeit im Hungerstreik aus Protest gegen seine Behandlung ... Wenn Boukourou stirbt, ist er der fünfte Marokkaner seit 1984, der seinen Hungerstreik mit dem Tod bezahlen muß. Am 19. August starb Chabda Abdelhaq, ein 28jähriger Literaturstudent, der voriges Jahr gefangenengenommen wurde während eines Streiks, der vom Studentenfachbund UNEM organisiert war. Zwei andere Hungerstreikende liegen an Infusionen im Krankenhaus von Rabat, während im Averroes-Krankenhaus von Casablanca drei junge Hungerstreikende schon seit 1985 künstlich am Leben gehalten werden. Die niederländische Ärztin Anne-Marie Raat, die am Donnerstag von einer französisch-niederländischen Untersuchungsmission wegen Chabdas Tod zurückkam ...: „Da wir keine Mitwirkung der marokkanischen Regierung bekamen, sind wir einfach in das Krankenhaus von Rabat reingelaufen und haben die Abteilung besucht, in der die Hungerstreikenden liegen. Die erkannten wir an den zwei Polizisten, die vor der Tür postiert waren. Wir haben den behandelnden Arzt gesprochen. Er sagte, daß es Boukourou schlecht geht. Den zwei anderen gehe es ‚prima'."

Laut Raat (sie führt ihre Mission als Vertreterin einer internationalen Berufsorganisation von Medizinern — commission of health professionals for health and human rights — zusammen mit einem französischen Anwalt aus) können Hungerstreikende im Prinzip ziemlich

lange am Leben gehalten werden. Die „Gefangenen von Marrakesch", Studenten, die im Januar 1984 nach einem blutigen Brotaufstand in Marrakesch fetgenommen wurden, seien dafür der Beweis, sagt sie. Drei von ihnen starben im Sommer 1984. Eine neue Kette von Hungerstreiks der „Gruppe von Marrakesch" begann 1985. Als drei Hungerstreikende in kritischem Zustand waren, wurden sie ins Averroes-Krankenhaus nach Casablanca gebracht, wo sie heute noch liegen. Sie liegen auf einer speziellen Abteilung, in einem Keller, für den das Innenministerium zuständig ist. Sie sind ans Bett gefesselt und werden mit einer Art Brei zwangsernährt, der via Schlauch durch die Nase in den Magen kommt. Seit August 1985 haben sie keinen Familien- oder Anwaltsbesuch. Ein Arzt sagte, daß er in kurzer Zeit um ihr Leben fürchtet.

1986 gab es bei einem Teil des Krankenhauspersonals einen Aufstand gegen die menschenunwürdige Behandlung der Hungerstreikenden. Die Polizei nahm die beim Protest beteiligten Ärzte und Pflegerinnen fest und folterte sie. Einige wurden entlassen ... Gefangene, die aus politischen Gründen festgenommen wurden, sitzen inmitten von „gewöhnlichen" Gefangenen; die marokkanische Regierung erkennt offiziell die Existenz von politischen Gefangenen nicht an ... Aber schon das Gefängnis von Kenitra hat eine Spezialabteilung für eine Handvoll politischer Gefangener ...

Die Forderungen der politischen Gefangenen sind: Anerkennung ihres besonderen Status, Lektüre, Familienbesuch, Studiermöglichkeiten.

Übersetzung aus: Volkskrant (niederländische Zeitung) vom 11.9.89

Irland/BRD. Am 5.12.89 wird in Dublin der Prozeß gegen Leonard Hardy und Donna Maguire beginnen. Ihnen wird Sprengstoffbesitz vorgeworfen, und sie werden verdächtigt, Mitglieder der IRA zu sein. Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe hat die Auslieferung der beiden wegen Mordverdachts beantragt; die BAW wirft ihnen vor, an dem Anschlag auf einen britischen Feldwebel (Rheinarmee!) am 2.7.89 in Hannover, bei dem dieser getötet wurde, beteiligt gewesen zu sein. (aus: FR, 26.10.89)

Türkei. Zwei führende Dev Sol-Gefangene sind im Oktober '89 aus dem Kerker in Sagmalcilar (Istanbul) geflohen. Es sind: Dursun Karataş und Bedri Yagan. Beide saßen seit mehreren Jahren im Knast. Wie viele andere revolutionäre Gefangene wurden auch sie der grausamen Folter des Regimes unterzogen. Sie hatten sich auch an dem 75tägigen Todesfasten im Jahre 1984 beteiligt. Bei diesem Todesfasten sind damals vier Gefangene gestorben. Dursun Karataş saß seit neun Jahren in Haft. In dem jetzt laufenden Dev Sol-Prozeß ist dreimal die Todesstrafe für ihn beantragt worden. Insgesamt sind in diesem Prozeß 1243 Angeklagte. Dursun Karataş wird vorgeworfen, daß er „viele bewaffnete Aktionen von Dev Sol selbst geplant hat". Bedri Yagan saß seit acht Jahren im Knast. Auch er war von der Todesstrafe bedroht. Bereits während seiner Haftzeit wurde er wegen verschiedener politischer Erklärungen von Dev Sol-Gefangenen zu einer Strafe von 29 Jahren und 8 Monaten verurteilt. Sowohl der Regierung als auch der Presse ist immer noch unklar, wie die Flucht der beiden gelingen konnte. Es gibt Spekulationen in den Zeitungen, wonach die beiden vielleicht in Anwaltskleidung oder in Soldatenuniformen abgehauen sind. Im Gefängnis haben sie eine zweiseitige Fluchterklärung hinterlassen. Darin heißt es u.a., daß es „ein legitimes Recht von jedem revolutionären Gefangenen ist, sich dem laufenden Kampf draußen anzuschließen. Deshalb machen wir jetzt unsere ersten Schritte in die Freiheit." Wegen der Flucht wurden mehrere Menschen in der Türkei festgenommen. Trotzdem wurde die Aktion der ehemaligen Gefangenen und ihrer GenossInnen von den AntifaschistInnen mit großer Sympathie begrüßt. (Informationen von TAYAD-Solidaritätskomitee)

Spanien. Die beiden ETA-Mitglieder Josefa Ernaga und Domingo Troitino wurden zu insgesamt 1588 Jahren Knast verurteilt; sie sollen einen Autobombenanschlag auf ein Kaufhaus in Barcelona verübt haben, bei dem 21 Menschen getötet und 45 verletzt wurden.

USA. Im Knast Camp Hill im Bundesstaat Pennsylvania fand eine Gefangenenmeuterei statt, an der sich mehr als 1200 der 2600 Gefangenen beteiligten. Camp Hill ist total überbelegt; der direkte Auslöser für die Meuterei sollen nach Zeitungsmeldungen Beschränkungen bei der medizinischen Versorgung und das Verbot für die Angehörigen gewesen sein, den Gefangenen Nahrungsmittel mitzubringen. Wir versuchen, näheres darüber zu erfahren. (aus: FAZ, 28.10.89 und taz, 28.10.89)

Ankündigungen

Veranstaltungen, Demonstrationen

Düsseldorf. 10.11., ZAKK, Fichtenstr. 40, Info- und Diskussionsveranstaltung zum Prozeß gegen Thomas Kilpper.

Stuttgart. 10.11., 13.00 Uhr, Kundgebung zur Freilassung von Günter Sonnenberg vor dem Justizministerium.

Celle. 18.11., 20.00 Uhr, „Le Bistro", Emigrantenstraße, Veranstaltung des ZL-Plenums, Christian Geissler liest aus seinem Roman „kamalatta" und berichtet von seinen Gesprächen mit politischen Gefangenen.

Lübeck. 18.11., 16.00 Uhr, Frauen- und Lesben-Knastkundgebung. Treffpunkt 15.00 Uhr in der Alternative (Wallhalbinsel). „Diese Kundgebung soll auch ein Ausdruck für unsere Solidarität gegenüber allen anderen politischen/kämpfenden Gefangenen im In- und Ausland sein."

Kassel. Veranstaltungsreihe im Umweltzentrum, Elfbuchenstr. 18: 16.11., 20.00 Uhr, Lesung mit Christian Geissler mit anschließender Diskussion zur Situation der politischen Gefangenen; 20.11., 20.00 Uhr, Veranstaltung mit Rechtsanwalt Dieter Adler; 30.11., 20.00 Uhr, Ton-Dia-Reihe „Isolationshaft". Am 23.11. findet in der Ing.-Schule, Wilhelmshöher Allee 73 ein Konzert für politische Gefangene in der BRD mit Infos statt (mit dem Frankfurter Kurorchester).

Anzeigen

Plakatserie zum High-Tech-KZ Weiterstadt (vier verschiedene Plakate) kann ab sofort gegen Einzahlung auf das Literaturkonto der Bunten Hilfe Darmstadt, Kontonr.: 111036349 bei der Sparkasse Darmstadt, BLZ: 50850150 bestellt werden. (je 10 Stück/40 Stück = 10 DM)

Die neu aufgelegte Broschüre **„Die neuen High-Tech-KZs, Gehirnwäsche und Isolationshaft als Normalvollzug: Weiterstadt und Plötzensee"** kann gegen Einzahlung auf obengenanntes Literaturkonto der Bunten Hilfe Darmstadt bestellt werden. (1 Exemplar 8 DM/ 10 Exemplare 60 DM)

Bunte Hilfe Darmstadt, Wilhelm-Leuschnerstraße 39, 6100 Darmstadt, Tel.: 06151/20480, montags 20-22 Uhr (sonst Anrufbeantworter).

Kurdistan-Report, Sonderausgabe zum Düsseldorfer Prozeß, Oktober 1989, zu beziehen über: Serxwebûn, Postfach 101683, 5000 Köln 1, 3 DM, 40 Seiten.

Herausgeber: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, Postlagerkarte 050205, 7500 Karlsruhe. Erscheint vierzehntäglich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., Zülpicher Str. 7, Postfach 260226, 5000 Köln 1. V.i.S.d.P.: für den Verlag: Christiane Schneider; für die Herausgeber: Adelheid Hinrichsen. — **Redaktionsanschrift:** GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel.: 040/2204278. **Bestellungen:** GNN-Verlag, Postfach 260226, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1, Tel. 0221/211658. Einzelpreis: 0,80 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 26,-, Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30% Rabatt, ab 10 Stück das Heft zu 0,50 DM und ab 50 Stück zu 0,40 DM, jeweils plus Versandkosten. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen. Überweisung bitte auf eines der folgenden Verlagskonten: BfG Köln, BLZ 37010111, Kto.Nr. 1144393600 oder Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Kto.Nr. 10419-507. — Druck: Farbo Druck & Grafik Team GmbH, Köln.
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.